

Am 29. April verstarb der Präsident der KP Venezuelas, Jerónimo Carrera. 2008 äußerte er sich in einem Gespräch zur Bolivarischen Revolution. Außerdem: Der Dank des Vaterlandes. Ein Historiker freut sich über die SPD-Geschichte

Wochenende



### Brandstifter

Vor 20 Jahren wurde »Asylkompromiß« besiegelt. Stichwortgeber waren Neonazis. Von Ulla Jelpke

3

### Kriegstreiber

US-Präsident Barack Obama verteidigt Drohnenmorde, will aber neue Regeln. Siehe Kommentar Seite 8

7

### Lackieranlage

Die angebliche wirtschaftliche Erholung der USA basiert auf geschönten Zahlen. Von Rainer Rupp

9

### Standpunkt

Die Euro-Diskussion in der Linkspartei vergißt das Subjekt Arbeiterklasse. Von Hans-Peter Brenner

10

# Erdogan unter Druck

Türkische Regierung gibt zu: Pläne für Anschlag in Reyhanli waren im Vorfeld bekannt. Von Hackern veröffentlichte Dokumente offenbar echt. Von André Scheer

Die türkische Regierung hat eingeräumt, daß die von Online-Aktivisten veröffentlichten Geheimdokumente über den Anschlag vom 11. Mai in Reyhanli echt sind. Innenminister Muammer Güler erklärte jedoch, die Gruppe »Red Hack« habe die Papiere nicht durch einen elektronischen Angriff auf das Netzwerk der paramilitärischen Jandarma erlangt. Vielmehr seien sie ihr durch einen Militär zugespielt worden, der inzwischen verhaftet worden sei. Die Papiere, die »Red Hack« am Mittwoch ins Internet gestellt hatte, widersprechen der bisherigen offiziellen Version Ankaras über den Autobombenanschlag, bei dem offiziellen Angaben zufolge 51 Menschen getötet worden waren. Aus den Dokumenten geht hervor, daß der militärische Geheimdienst die späteren Attentäter beobachtet hatte, den Anschlag jedoch nicht verhinderte. Unmittelbar danach hatte Ankara den syrischen Geheimdienst für das Verbrechen verantwortlich gemacht. In den Papieren der Jandarma wird hingegen die islamistische Al-Nusra-Front als Urheber bezichtigt. Diese Gruppierung, die von den USA als terroristisch eingeschätzt wird, gehört zur syrischen Aufstandsbewegung gegen die Regierung von Staatschef Baschar Al-Assad.

Trotz der neuen Tatsachen beharrt die türkische Regierung darauf, das Regime in Damaskus für den Anschlag verantwortlich zu machen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan brachte am Freitag sogar die kemalistische Oppositionspartei CHP mit dem Attentat in Verbindung. Bei einer Rede vor Mitgliedern seiner AK-Partei sagte der Regierungschef, hinter dem Attentat stünden die selben, die im Jahr 2011 führenden CHP-



Trotz pünktlichem Anschlag: Außer Worten erreichte Erdogan bei US-Präsident Barack Obama nichts

Vertretern zu einem Treffen mit Assad verholfen hätten. »Sie stecken in der Sache drin«, zitierte ihn die englischsprachige türkische Tageszeitung *Today's Zaman*.

Demgegenüber erklärte »Red Hack« auf ihrer Internetseite, der festgenommene Offizier sei unschuldig. Zudem sei es kein Verbrechen, vor der Öffentlichkeit geheime Informationen über den Tod von Zivilisten zu veröffentlichen. Vielmehr habe der »faschistische türkische Staat« Verbrechen begangen, als er die Durchführung des Anschlags zugelassen habe. »Ministerpräsident Erdogan sagt, die Bombenanschläge von Reyhanli würden vom Geheimdienst untersucht, und die Medien sollten war-

ten, bis die Ergebnisse veröffentlicht werden. Wenn das so ist, warum hat er dann gleich am ersten Tag das syrische Regime dafür verantwortlich gemacht?« Die von »Red Hack« geäußerte Vermutung ist, daß Erdogan das Attentat für seinen Besuch bei US-Präsident Barack Obama wenige Tage später gelegen kam, um Washington für einen offenen Krieg gegen Syrien zu gewinnen.

Am Freitag zeichnete sich ab, daß die Zersplitterung der syrischen Regierungsgegner zum wichtigen Hindernis für eine Verhandlungslösung werden könnte. Damaskus sei prinzipiell zur Teilnahme an einer Friedenskonferenz bereit, erklärte der Sprecher des russischen Außenmini-

steriums, Alexander Lukaschewitsch, am Freitag in Moskau. Es müsse aber geklärt werden, »wer mit welcher Berechtigung für die Opposition« spreche. Diese versuchte, sich in Istanbul bei einem zweitägigen Treffen auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Ein Vertreter der »Nationalen Koalition«, Chaled Chodscha, forderte gegenüber der Nachrichtenagentur AFP, die westlichen und arabischen Staaten müßten »vermehrte militärische Unterstützung« für die »Freie Syrische Armee« leisten. Die bisherigen EU-Sanktionen gegen Damaskus laufen in der kommenden Woche aus. London und Paris fordern, einzelnen Staaten Waffenlieferungen an die Aufständischen zu gestatten.

## Britische Jets fangen Passagiermaschine ab

LONDON. Britische Kampffjets haben am Freitag ein pakistanisches Flugzeug mit 297 Passagieren an Bord auf den Weg nach Manchester abgefangen. Die Eurofighter leiteten die Maschine der Gesellschaft Pakistani International Airlines aus Lahore nach Stansted bei London um, teilte das britische Verteidigungsministerium mit. Nach der Landung nahm die Polizei zwei Männer fest. An Bord des Flugzeugs habe sich ein Zwischenfall ereignet, der momentan untersucht werde, erklärte die Polizei in Essex. Ersten Hinweisen zufolge handle es sich nicht um einen Terrorakt, hieß es in Sicherheitskreisen. Das Flugzeug habe eine Parkposition abseits der üblichen Passagierbereiche zugewiesen bekommen, teilte der Flughafen Stansted mit.

(Reuters/jW)

## NPD: Innenminister für Verfahren im Herbst



HANNOVER/SCHWERIN. Trotz fehlender Unterstützung durch Bundestag und Bundesregierung wollen die Länder einen Antrag zum NPD-Verbot »spätestens im Herbst« beim Bundesverfassungsgericht einreichen, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) am Freitag am Rande der Innenministerkonferenz in Hannover. Eine vom Bund geforderte Stärkung des Bundesamtes für Verfassungsschutz lehnten die Innenminister ab. Nordrhein-Westfalens Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) sprach sich gegen eine »Megabehörde in Berlin« aus. Auch die CDU-geführten Länder lehnten die Änderung ab, betonte Caffier. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) erklärte nach dem Treffen am Freitag, daß er sich mit den Kollegen der Länder auf erste Eckpunkte einer zentralen »V-Leute«-Datei verständigt habe. Darin sollen keine vollständigen Namen von »V-Leuten« gespeichert werden. (dpa/jW)

# Weiter Krawalle in Stockholm

Dutzende Autos und Häuser gehen in Flammen auf. 13 Personen festgenommen

Dutzende brennende Gebäude und Autos, Steinwürfe auf Feuerwehrleute: Schwedens Hauptstadt Stockholm kommt auch nach fünf Krawallnächten nicht zur Ruhe. In mehreren Vororten lieferten sich randalierende Jugendliche Auseinandersetzungen mit der Polizei. 13 Personen wurden festgenommen, teilten die Behörden am Freitag mit. Die Feuerwehr mußte zu 70 Brän-

den ausrücken. In Alvsjö, südlich von Stockholm, ging eine Polizeiwache in Flammen auf. Auch ein Gemeindezentrum wurde zerstört. In Jordbro griff das Feuer von einem brennenden Auto auf ein Geschäft über.

In dem nördlichen Vorort Kista wurde eine Montessori-Schule in Brand gesteckt. Die Schulleiterin sagte dem schwedischen Fernsehen, sie sei seit Tagen beunruhigt gewesen. Ihre Schule sei klein, das Gebäude

aus Holz gebaut. »Viele mutige Eltern haben in den Nächten ein Auge auf unsere Schule gehabt, aber es hat nichts genützt«, sagte Kicki Kobdock Haak.

Die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen scheint ungebrochen. Selbst Feuerwehrleute, die versuchen, die Brände zu löschen, wurden mit Steinen beworfen. Verletzte wurden in der Nacht zu Freitag aber nicht gemeldet. Auslöser der Unruhen ist der Tod

eines 69jährigen Mannes in Husby, einem Vorort von Stockholm, in dem die Bevölkerung zu 80 Prozent aus Einwanderern besteht. Die Polizei hatte den Mann nach eigenen Angaben aus Notwehr erschossen. Anwohner vermuten einen rassistischen Hintergrund. Die Gewaltausbrüche sind im Laufe der Woche auf andere Vororte mit hohem Migrantenanteil übergegangen. (dpa/jW)

junge Welt wird herausgegeben von 1384 Genossinnen und Genossen (Stand 20. Mai 2013). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

